



Würzburg, 03.05.2023

P R E S S E M I T T E I L U N G

zum Vortrag vom 26.04.2023

Kinderarzneimittel – die gibt's gerade nicht! Diese Gesundheitspolitik gefährdet ihre Gesundheit!

Der Vorsitzende des ÖDP-Kreisverbandes Würzburg-Stadt, Thomas Lang, begrüßte unlängst den selbstständigen Apotheker und ÖDP-Kreisrat Wolfgang Reiter aus Erding, der in seinem gut einstündigen Vortrag aufzeigte, wie es in den letzten 15 Jahren unter Mitwirkung nahezu aller Bundestagsparteien zu dem jetzigen dramatischen Notstand bei Kinderarzneimitteln kommen konnte.

Mit der Einführung von Rabattverträgen wurde versucht, das Preisniveau von Arzneimitteln in Deutschland zu senken. Krankenkassen sprechen von Einsparungen von 10% pro Jahr durch die Mechanismen des freien Marktes durch Rabattverträge. „Was aber alle übersehen haben: Werden die Preise zu niedrig, verdienen Hersteller nichts mehr daran und steigen aus der Produktion aus“ so Reiter. Bei Kinderarzneimitteln sind es aus diesem Grund oft nur noch ein, zwei oder drei Hersteller, was die Versorgungssicherheit extrem gefährdet.

Reiter: Kinder haben keine Lobby im Bundestag!

Bei Kinderarzneimitteln ist seit Mai 2022 (!) die Versorgung mit Fiebersäften, Antibiotika und Durchfallmitteln nur noch sehr eingeschränkt möglich. „Vor Weihnachten und um den ersten April d.J. gab es in Deutschland überhaupt keine Antibiotika für Kinder mehr. Das Tragische daran: Noch im November 2022 behauptete das Bundesgesundheitsministerium, es gäbe gar keine Lieferengpässe, sondern nur eine „zeitliche Lieferverzögerung“, berichtet der Referent aus eigener Erfahrung. Die Versorgung von Kindern werde von der Politik nicht ernst genommen! Beim Lieferengpass beim Krebsmittel „Tamoxifen“ im Jahr 2022 wurden konsequenter- und richtigerweise sofort Sonderzulassungen für den Import aus der Schweiz und Tschechien erlassen, um die zeitnahe Versorgung von Frauen zu gewährleisten. Bei Kinderarzneimitteln ist jetzt nach einem Jahr immer noch nichts passiert!

Rabattverträge: Ein Menschenversuch mit ungewissem Ausgang

Reiter wies auch darauf hin, dass die Rabattverträge zu ständigem Wechsel der Hersteller führe und damit die Gefahr von Verwechslungen von Arzneimitteln beim Patienten ständig steige. Dieses Problem potenziere sich mit den ständigen Ausfällen bei den Rabattarzneimitteln. Außerdem sind die Rabattverträge dafür verantwortlich, dass mittelständische Hersteller von Großkonzernen aufgekauft wurden und jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Das Fehlen von deutschen Produktionsstätten ist die konsequente Folge der Politik der Gesundheitsminister Ulla Schmidt (SPD), Philip Rösler und Daniel Bahr (FDP), Hermann Gröhe und Jens Spahn (CDU) und Karl Lauterbach (SPD). „In den letzten 15 Jahren wurde ein funktionierendes System der Arzneimittelversorgung konsequent an die Wand gefahren“ prangert der Apotheker an.

Die Verquickung von Politik und Großkonzernen verhindert eine sinnvolle Politik

Reiter verwies auch darauf, dass die momentanen Steigerungen bei den Arzneimittelausgaben in erster Linie von sogenannten Hochpreis-Artikeln entstehen. Das sind Arzneimittel, die für seltene Krankheiten entwickelt wurden wie Krebsmittel, Immunsuppressiva und ähnliches. Die führen zu Kosten in Höhe 5.000 – 20.000 Euro im Quartal und genießen in der Regel Patentschutz, so dass die Hersteller die Preise selbst bestimmen können. Diese werden von den Großkonzernen wie Pfizer und MSD, USA oder Roche, Schweiz angeboten. Im Übrigen sind das Firmen, die auch gerne Parteitage von CDU, FDP und Grünen sponsern. Interessanterweise werden diese sogenannten „Hochpreiser“ bei Spargesetzen immer ausgenommen.

Abhilfe nur durch die ÖDP

Reiter stellte weiter fest, dass die Lösung von den regierenden Parteien präsentiert werden muss. „Es gilt daher, bei den kommenden Wahlen genau hinzuschauen, wen man wählt“, ergänzte der Lang. „Die ÖDP ist

die einzige Partei, die keine Konzernspenden annimmt und daher unabhängig von Großkonzernen ist. Außerdem ist die ÖDP in Bayern auch die einzige Partei, die mit Volksbegehren auch zwischen den Wahlen erfolgreich ist. Das zeigen u.a.. die erfolgreichen Volksbegehren für einen Nichtraucherschutz (2010) und „Rettet die Bienen“ (2019)“, schließt der Kreisvorsitzende.

Nach einer angeregten Diskussionsrunde bedankten sich auch die beiden ÖDP-Direktkandidaten für die Land- und Bezirkstagswahl, Heinz Braun und Raimund Binder und wünschten dem Referenten nach der Übergabe eines Präsentes einen guten Nachhauseweg.



Thomas Lang
Vorsitzender
ÖDP-Kreisverband
Würzburg-Stadt